

Landeshauptstadt Magdeburg

Stellungnahme der Verwaltung

öffentlich

Stadtamt	Stellungnahme-Nr.	Datum
Team 1	S0404/09	14.12.2009

zum/zur

A0202/09, FDP Fraktion

Bezeichnung

Breitband-Versorgung Landeshauptstadt Magdeburg

Verteiler

Tag

Der Oberbürgermeister	26.01.2010
Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten	04.02.2010
Finanz- und Grundstücksausschuss	10.02.2010
Ausschuss für Regionalentwicklung, Wirtschaftsförderung und kommunale Beschäftigungspolitik	18.02.2010
Stadtrat	25.02.2010

Die Stadtverwaltung hat direkt nach Bekanntgabe der Bedingungen zur Verbesserung der Internetversorgung durch Konjunkturprogramm II - Mittel Aktivitäten gestartet, und zwar im Hinblick auf die Breitbandstrategie der Landesregierung vom 05.05.09.

Diese sieht, wie vom Antragsteller richtig dargestellt, eine Förderung durch Mittel der „Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ und der „Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ vor. Bedingung für die Nutzung dieser Fördertöpfe war eine Versorgung der Bevölkerung von weniger als 1 Mbit/sec bzw. eine Versorgung von Unternehmen in Gewerbegebieten von weniger als 2 Mbit/sec.

Lediglich die ländlichen Stadtteile Magdeburgs (Randau-Calenberge, Pechau, Beyendorf – Sohlen) erreichen das Kriterium der 1 Mbit/sec Versorgung nicht. Dort ist weder eine kabelgebundene Versorgung noch eine Versorgung über Funk mit UMTS in der Größenordnung 1 Mbit/sec derzeit möglich. Alle städtischen Stadtteile erreichen (bis auf räumlich eingegrenzte Ungunstlagen) zumindest über Funk (UMTS) das Kriterium der 1 Mbit/sec, so dass nach damaliger Richtlinienlage lediglich für die ländlichen Stadtteile Mittel des Konjunkturprogramms eingeworben werden konnten.

Auf dieser Grundlage reichte das Wirtschaftsdezernat Ende November einen Antrag auf Förderung der Internetversorgung in den ländlichen Stadtteilen ein.

Zur Vorbereitung der Antragstellung wurde in den betreffenden Stadtteilen der Bedarf nach schnellem Internet erfasst. Der Bedarf wurde auf den Internetseiten des Landes als eine der ersten Kommunen landesweit publiziert und um ein Angebot der Telekommunikationsgesellschaften gebeten. Da keine Angebote für eine fördermittelfreie Versorgung der betreffenden Stadtteile eingingen, war die Möglichkeit gegeben, die Förderung durch Mittel des Landes offiziell zu beantragen.

20 Telekommunikationsgesellschaften wurden direkt angeschrieben und gebeten ein Angebot für eine geförderte Erschließung der dörflichen Ortsteile abzugeben. Lediglich 2 Unternehmen haben ein Angebot abgegeben. Im Haushalt 2010 sind 200.000,- € (davon 180.000,- €

Konjunkturprogrammmittel) und damit das nach damaliger Richtlinie maximal mögliche Budget für die Verbesserung der Versorgung der ländlichen Stadtteile eingestellt. Lediglich ein eingegangenes Angebot sah die Versorgung der Ortsteile im Rahmen des gesteckten Kostenrahmens vor. Dieses Kostenangebot mit der dahinter stehenden Versorgungstechnik war Grundlage für das Stellen des Förderantrags beim Land Sachsen – Anhalt. Der Förderantrag wurde Ende November offiziell gestellt.

Am 22.12.09 hat die Landesregierung die Richtlinie dahingehend verändert, dass nunmehr eine Mindestversorgung von 2 Mbit/sec für Privathaushalte als Fördertatbestand gelten muss. Auch bereits gestellte, aber noch nicht bewilligte Anträge werden anhand dieser neuen Richtlinienlage beschieden. Damit ist dem eingereichten Antrag die Bewilligungsgrundlage entzogen und ein neuer Förderantrag mit veränderten Versorgungsparametern muss erarbeitet und gestellt werden. Dem muss der Haushaltsansatz hinsichtlich der Eigenmittel angepasst werden.

Hinsichtlich der Verbesserung der Internetversorgung in den bisher kableseitig nicht mit DSL versorgten Gebieten der Stadt, hat das Wirtschaftsdezernat eine internetgestützte repräsentative Bedarfserhebung vorgenommen. Die Ergebnisse fließen in noch andauernde Gespräche mit Telekommunikationsversorgern mit dem Ziel der Verbesserung der Versorgungslage ein.

Nach aktuellem Sachstand erhoffen wir, eine kostengünstige Basisversorgung auch aller Kerngebiete der Stadt mit 1 Mbit/sec ohne Einsatz öffentlicher Mittel bis zum Sommer 2010 durch ein privatwirtschaftliches Investment vom Dezernat Wirtschaft begleiten zu können. Dieses Projekt soll funkgestützt zu einem deutlich unter den aktuellen UMTS Konditionen liegenden Preis eine flächendeckende Versorgung gewährleisten. Darüber hinaus wird die Stadtverwaltung versuchen, alle Möglichkeiten der Einwerbung von Fördermitteln zu nutzen, die eine Verbesserung der Versorgungssituation der Bürger und Unternehmen bei realistisch finanzierbarem Eigenanteil gewährleisten.

Rainer Nitsche